Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7983

16. 06. 94

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Rainer Eppelmann, Hartmut Büttner (Schönebeck), Maria Michalk, Dr. Dorothee Wilms, Dr. Roswitha Wisniewski, Dr. Günther Müller, Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Markus Meckel, Stephan Hilsberg, Margot von Renesse, Dr. Hartmut Soell, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dirk Hansen, Dr. Jürgen Schmieder, Dr. Karlheinz Guttmacher, Wolfgang Lüder, Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion der F.D.P. sowie der Abgeordneten Gerd Poppe, Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN

zum Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"
— Drucksache 12/7820 —

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Gesamtbewertung

Der Deutsche Bundestag nimmt den Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" mit Zustimmung zur Kenntnis. Er würdigt die Leistung der Enquete-Kommission, die ein umfangreiches Arbeitsprogramm in 27 Monaten bewältigt und ihren abschließenden Bericht rechtzeitig zur Aussprache im Deutschen Bundestag am geschichtsträchtigen 17. Juni fertiggestellt hat.

Der Deutsche Bundestag hat mit der Einsetzung dieser Enquete-Kommission am 12. März 1992 ein politisches Zeichen gesetzt. Er hat deutlich gemacht und unterstreicht dies auch heute, daß die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland nicht nur ein Anliegen der Wissenschaft und ein Thema der publizistischen Diskussion, sondern ein bedeutsamer politischer Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands ist. Die Erarbeitung einer historisch fundierten Beurteilung von Ursachen und Strukturen der zweiten Diktatur in Deutschland gehört nicht nur zur Bewältigung der Folgen der SED-Herrschaft und der Teilung Deutschlands, sondern ist zugleich eine grundlegende ständige Aufgabe bei dem Bemühen um die Weiterentwicklung der demokratischen politischen Kultur im wiedervereinten Deutschland.

Die Enquete-Kommission hat, wie ihr Bericht näher ausweist, in den zurückliegenden zwei Jahren eine außerordentlich umfangreiche Arbeit geleistet. 40 Anhörungen mit ca. 360 Wissenschaftlern und Zeitzeugen, ebensoviele interne Kommissionssitzungen, mehr als 120 Sitzungen von Berichterstattergruppen und Sonderarbeitsgruppen wurden durchgeführt, fast 150 Expertisen in Auftrag gegeben und verarbeitet. Die intensive Arbeit findet ihr gegenständliches Ergebnis in einem Bericht und einer Materialsammlung, die in ihrer thematischen Erstreckung und in der Dichte der darin präsentierten Erkenntnisse einen eindrucksvollen Gesamtblick auf Geschichte und Folgen der SED-Diktatur und orientierende Impulse für die weitere Forschung, für die politische Bildungsarbeit und für die weitere Politik des Zusammenwachsens im wiedervereinten Deutschland geben. Der Deutsche Bundestag spricht den an dieser Arbeit Beteiligten seinen Dank aus: den Abgeordneten und den sachverständigen Mitgliedern der Enquete-Kommission, den durch Expertisen und Vorträge beteiligten Wissenschaftlern, den Zeitzeugen, der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Behörden, insbesondere dem Bundesarchiv und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, für Zuarbeit und – oft auch beschleunigte – Bereitstellung notwendiger Archivalien, schließlich den an der Arbeit der Kommission beteiligten Mitarbeitern und nicht zuletzt auch den Medien, soweit sie dazu beigetragen haben, die Arbeit der Enquete-Kommission einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

II. Zum Auftrag der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission hatte einen umfangreichen Auftrag zu erfüllen. Dieser konnte nicht darin bestehen, die notwendige zeitgeschichtliche Forschung zu ersetzen oder vorwegzunehmen. Vielmehr bestand er darin,

- in einer umfassend definierten Reihe von Themenkomplexen Beiträge zur historisch-politischen Analyse und zur politisch-moralischen Bewertung zu leisten,
- dabei im Dialog mit der Öffentlichkeit zur inneren Einheit Deutschlands, zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, zur Feststellung von Schuld und Verantwortung, zur Rehabilitierung der Opfer, zur Überwindung der Schäden und Folgewirkungen der Diktatur sowie zur Versöhnung in der Gesellschaft beizutragen und schließlich
- für weitere auf diese Ziele ausgerichtete Aufarbeitungs- und Gesetzgebungsmaßnahmen Hinweise und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Dieser Auftrag ist, soweit es möglich war, erfüllt. Es versteht sich, daß in der knappen verfügbaren Zeit die einzelnen Themen vielfach nur umrißhaft und in großen Zügen in den Blick genommen werden konnten. Ebenso konnte im Zuge der Tätigkeit der Enquete-Kommission und der von ihr mit Expertisen beauftragten Wissenschaftler ein großer Teil der einschlägigen, erst seit kurzer Zeit zugänglichen Archivalien nur ausschnittweise genutzt werden; viele Einzelerkenntnisse bedürfen der weiteren Überprü-

fung, Vertiefung und Erhärtung. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß viele Beiträge zur Arbeit der Kommission bereits auf einer beachtlichen Nutzung neu zugänglich gewordener Archivalien beruhen.

Als besonders wertvoll schätzt der Deutsche Bundestag die in den Anhörungen vorgetragenen Zeitzeugenberichte ein. Sie geben – naturgemäß aus der Sicht subjektiver, aber oftmals prägender und auch im Nachvollzug eindrucksvoller Erfahrungen – insgesamt, trotz aller Einschränkungen ein anschauliches und differenziertes Bild von der Lebenswirklichkeit im „realen Sozialismus" und dürften in ihrem Zeugniswert auch für die künftige Geschichtsforschung und -lehre von bleibendem Wert sein. Sie stehen exemplarisch für Lebenserfahrung und Lebensleistung der Millionen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Unglück hatten, abermals Untertanen einer Diktatur zu werden und in einem totalitären System leben zu müssen. Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, daß gerade diese Erfahrungsberichte zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Deutschen in den alten und neuen Bundesländern beitragen können.

III. Einige grundlegende Erkenntnisse

Die Enquete-Kommission hat Aussagen, Materialien und Beiträge vielfältiger Art verarbeitet: Aussagen über sehr unterschiedliche subjektive Erfahrungen, historisch-politische Analysen auf teils breiter, teils noch vorläufiger Quellenbasis, Bewertungen aus der Sicht unterschiedlicher politischer Auffassungen. Dennoch ergeben sich aus diesen Materialien einige grundlegende Befunde und Folgerungen, von denen – selbstverständlich ohne den Versuch einer „offiziellen" Geschichtsschreibung zu machen – die wichtigsten hier herausgegriffen seien:

1. Der SED-Staat war eine Diktatur. Er war dies nicht durch Fehlentwicklung oder individuellen Machtmißbrauch – der kam im einzelnen hinzu –, sondern von seinen historischen und ideologischen Grundlagen her. Die Herrschaftsformen wandelten sich in den 45 Jahren des Systems; sie konnten subtiler werden, je vollkommener der Herrschaftsapparat ausgebaut wurde. In der Substanz aber blieb der SED-Staat das, als was er angelegt war: ein totalitäres System, in dem der Machtanspruch der führenden Partei bzw. ihrer Führungsgruppe auf alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens erstreckt und durch staatliche Lenkungsinstrumente bis hin zum „Schild und Schwert der Partei", dem MfS, durchgesetzt wurde. Das SED-Regime konnte es nie wagen, sich einer freien Wahl zu stellen; der Sicherheitsapparat wurde in den 70er und 80er Jahren geradezu hypertroph ausgebaut, die Grenzabschließung sollte aus der Sicht der Herrschenden noch auf unabsehbare Zeit erhalten bleiben. Die wirkliche Grundlage der äußerlichen Stabilität des Systems war die von der Sowjetunion gegebene Existenzgarantie; als sie zurückgezogen wurde, stand das Regime der aufbegehrenden Bevölkerung haltlos gegenüber und brach zusammen.

2. Die Hauptverantwortung für das Unrecht, das von diesem System begangen wurde, trägt die SED. Sie hat ihre „führende Rolle" in Staat, Justiz, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Kultur und Wissenschaft und damit ihre Vormundschaft gegenüber den Einwohnern ihres Staates mit allen Mitteln durchgesetzt; die tiefreichenden Schäden in der ehemaligen DDR, das menschliche Leid, das aus Unterdrückung, Verweigerung von Menschenrechten und erzwungenem Verzicht auf persönliche Entfaltung erwuchs, sind in der Hauptsache der SED als Partei anzulasten, in erster Linie der SED-Führung, ihrem Politbüro und den darin maßgeblichen Personen. Mitverantwortung tragen auch die Blockparteien und Massenorganisationen.

   Die politische und moralische Verantwortung von Funktionären der SED, des Staatsapparats und der von der SED abhängigen Parteien und Massenorganisationen ergibt sich aus dem Maße, in dem persönliche Entscheidungsmöglichkeiten bestanden und im Sinne der parteilichen Überwachungs- und Repressionspolitik wahrgenommen wurden. Der Deutsche Bundestag stimmt den hierzu gemachten Ausführungen des Berichtes zu.

3. Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der SBZ/DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt. Sie mußten einen Neuanfang leisten unter den Bedingungen eines politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, das sie einengte und unterdrückte und um die Früchte ihrer Leistungen brachte. Unvergessen blieb der Versuch der Aufständischen im Juni/Juli 1953, unter Einsatz von Leib und Leben dieses System zu beseitigen, der nur durch sowjetischen Gewalteinsatz niedergeworfen werden konnte. Es ist das bleibende Verdienst der Deutschen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und im Ostteil Berlins, daß sie das SED-Regime stürzten und den Weg zur Demokratie und damit zur Vereinigung Deutschlands freigemacht haben.

   In der Zeit der Diktatur gab es vielfältige Formen des persönlichen Verhaltens; sie reichten von voller Zustimmung bis hin zu kämpferischem Widerstand über dazwischenliegende vielfältige Möglichkeiten resistenten, angepaßten oder ausweichenden Verhaltens, die sich einer pauschalen Einschätzung entziehen. Zu einer politisch-moralischen Bewertung sind in erster Linie die ehemaligen DDR-Bürger selbst aufgefordert.

4. Die innere Einheit Deutschlands und damit die Beseitigung der materiellen und immateriellen Folgeschäden der SED-Diktatur bleibt die herausragende Aufgabe der bevorstehenden Jahre. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine am 17. Juni 1992 abgegebene Ehrenerklärung für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft (Drucksache 12/2820). Er sieht sich insbesondere aufgefordert, den Opfern der Diktatur Rechtfertigung, Rehabilitierung und auch materielle Hilfen zukommen zu lassen.

5. Einvernehmen sollte über eine grundlegende Konsequenz aus der Erfahrung mit der SED-Diktatur bestehen: Zu den geistigen Grundlagen einer innerlich gefestigten Demokratie gehört ein von der Gesellschaft getragener antitotalitärer Konsens. Nichts rechtfertigt Entmündigung und Unterdrückung von Menschen. Die einzige Legitimität, auf die sich staatliche Ordnung berufen kann, ist die auf der Grundlage der Menschenrechte verfassungsmäßige Gewährleistung freiheitlich-demokratischer Verleihung und Kontrolle staatlicher Macht. Diktatur ist und bleibt illegitim.

   Das Credo demokratischer Politik nach 1945 „Nie wieder Krieg von deutschem Boden, nie wieder Diktatur auf deutschem Boden!" bleibt bestehen. Dies bedeutet die Absage an jedwede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen.

   Diesem Anspruch wird das von der PDS in der Enquete-Kommission vorgelegte Sondervotum nicht gerecht, in dem die gleichartige Legitimität von DDR und Bundesrepublik Deutschland behauptet wird, in dem die Mauer und das Grenzregime knapp, der Staatssicherheitsapparat nur beiläufig – und zudem verharmlosend –, das Fehlen demokratischer Wahlen und die Verweigerung der Menschenrechte bestenfalls andeutungsweise genannt werden und in dem selbst für Ende 1989 noch eine den SED-Staat grundsätzlich bejahende Bevölkerungsmehrheit angenommen wird. Es kann weder als Beleg für Realismus noch für Einsichtsfähigkeit gelten.

   Der Deutsche Bundestag weist die von der PDS geübte Kritik an der Arbeit der Enquete-Kommission und das Sondervotum insgesamt mit seinen Entstellungen, Verfälschungen und Fehlbehauptungen zurück.

IV. Deutschlandpolitik und Widervereinigung

Der Zusammenbruch der SED-Diktatur und die Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90 sind nicht durch eine Ursache allein erklärbar, vielmehr mußten viele Faktoren zusammenwirken. Hierzu gehörten vor allem:

- die grundlegenden und dauerhaften strukturellen Mängel des Systems des „realen Sozialismus": das Fehlen persönlicher und politischer Freiheit, in der DDR zusätzlich die gewaltsame Abschottung nach Westen; dazu die systembedingte (u. a. Absage an Marktwirtschaft und Privateigentum) wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die schließlich auch die Sowjetunion zu einer Neueinschätzung ihrer politischen Interessen nötigte,
- der Mut und die Entschlossenheit der Deutschen in der DDR, in einer durchaus ungeklärten Situation im Sommer/Herbst 1989 dem Machtapparat der SED-Diktatur entgegenzutreten. Der von ihnen erzielte Erfolg war nur möglich durch die jahrelange Arbeit von Bürgerrechts- und Oppositionsbewegungen in der DDR, vor allem aber in Polen, der ČSSR und Ungarn,

- die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, die grundsätzlich an der rechtlichen Offenheit der deutschen Frage und am Auftrag des Grundgesetzes festhielt, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", die gleichzeitig bestrebt war, durch die Entwicklung von Kontakten und Begegnungsmöglichkeiten und die vertragliche Regelung der innerdeutschen Beziehungen die Folgen der Teilung zu mildern, und die im Herbst 1989 die durch die friedliche Revolution geschaffene Chance genutzt hat,
- die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, auch im Rahmen der KSZE und im Sinne des Harmel-Berichts, die die Öffnung der Staaten Ostmittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion gefördert hat,
- die Unterstützung, die diese Politik bei den westlichen Verbündeten, insbesondere bei den Vereinigten Staaten, fand. Sie hatte ihre Voraussetzung in der Politik der Westbindung im Rahmen der NATO und der Europäischen Gemeinschaften, die eine Interessenverknüpfung mit den westlichen Verbündeten und die Sicherung des deutschlandpolitischen Konsenses mit ihnen [u. a. Deutschlandvertrag (Artikel 7) und Vier-Mächte-Abkommen über Berlin] ermöglichte,
- der Realitätssinn der damaligen sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow, deren Reformkurs (seit 1985) den Verzicht auf den gewaltsamen Zusammenhalt des Imperiums einschloß (Aufgabe der Breshnew-Doktrin) und damit die Politik der de facto Aufkündigung der Zusammenarbeit im sozialistischen Lager durch die Regierungen Polens und Ungarns gewähren ließ,
- die langjährigen Bemühungen jener Menschen in Ost und West, die sich blockübergreifend für eine an Demokratie und Menschenrechten orientierte europäische Friedensforschung eingesetzt hatten,
- die Arbeit der neuen Parteien und Bewegungen, die sich am Runden Tisch in der DDR zusammenfanden, um den Aufbau von Demokratie und Rechtsstaat voranzutreiben.

Das Zusammenwirken gerade dieser Faktoren in der Zeitspanne von Herbst 1989 bis Herbst 1990 hat die nationale und internationale Situation geschaffen, in der es möglich wurde, die Freiheit und Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR und damit die Einheit aller Deutschen wiederherzustellen.

Die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR bleibt für alle Zeiten ein herausragendes Ereignis in der demokratischen Tradition Deutschlands.

Aus der Rückschau ist selbstkritisch die Frage hinzuzufügen, ob und in welchem Maße die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland das Ausmaß der Veränderung und der Systemkrise im östlichen Europa und besonders in der DDR und das politische Gewicht der sich entwickelnden oppositionellen Kräfte rechtzeitig erkannt und in ihren Überlegungen berücksichtigt haben.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Enquete-Kommission in der Beurteilung der Deutschlandpolitik nicht zu einer einheitlichen Auffassung gefunden hat. Die Frage nach dem richtigen Umgang mit der SED-Diktatur stellt an alle Deutschen, gerade auch an die politischen Kräfte im Westen Deutschlands, die Anforderung nach einem selbstkritischen Rückblick bezüglich des Umgangs mit den Machthabern einerseits und der demokratischen Opposition in der DDR andererseits. Der Deutsche Bundestag stimmt deshalb der Aufforderung der Enquete-Kommission zu, daß die Bundesrepublik Deutschland mit besonderem Engagement die demokratische Umgestaltung des früheren Ostblocks einschließlich Rußlands sowie die Einbeziehung dieser Staaten in eine gesamteuropäische Friedensordnung unterstützt. Für die Deutschen sollte eine Konsequenz aus der Geschichte ihrer beiden Diktaturen sein, daß sie sich international für Freiheit, Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen und damit dazu beitragen, daß sich die Chancen für die Menschen verbessern, sich gegen jegliche Unterdrückung und Diktatur zu wehren.

V. Restaufgaben der Enquete-Kommission

Der dem Deutschen Bundestag vorgelegte Bericht sowie die der Enquete-Kommission vorliegenden Materialien (Expertisen, Berichte und Anhörungsprotokolle) stellen ein Ergebnis dar, das in dieser Form von keiner anderen politischen oder wissenschaftlichen Institution hätte hervorgebracht werden können. Für die weitere Forschung, die historisch-politische Bildung und die öffentliche Diskussion sind sie eine unentbehrliche Grundlage. Es ist erforderlich, diese Materialien der Öffentlichkeit unverzüglich in geeigneter Form zugänglich zu machen. Der Deutsche Bundestag wird für eine angemessene und umgehende Veröffentlichung dieser Materialien Sorge tragen und eine Druckfassung des Berichtes sowie der Expertisen, Berichte und Anhörungsprotokolle bis zum Ende der Legislaturperiode vorlegen.

VI. Perspektiven und Empfehlungen

Die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland ist mit der Verabschiedung dieses Berichtes keineswegs abgeschlossen, weder im Sinne der historischen Aufklärung noch gar im Sinne der Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgelasten des SED-Staates. Nicht nur die Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, sondern mehr noch die Entwicklung einer gemeinsamen historisch-politischen Identität und eines gesellschaftlichen Konsenses über gemeinsame Grundwerte einer demokratischen politischen Kultur ist eine längerfristige, ständig zu leistende Aufgabe.

Wesentliches Anliegen für die Arbeit des nächsten Bundestages muß es bleiben, den Geschädigten des SED-Unrechtsstaates in den Fällen, wo dies möglich ist, materielle Hilfen, darüber hinaus moralische Rehabilitierung zu verschaffen. Die von der Enquete-Kommission vorgelegte Liste von Unrechtstatbeständen und den

von ihnen betroffenen Opfergruppen in der SBZ/DDR macht weiteren Handlungsbedarf von Bund und Ländern deutlich, vor allem aber auch in der beschleunigten Umsetzung der Rehabilitierungs- und Unrechtsbereinigungsmaßnahmen.

Zu der moralischen Wiedergutmachung gehört insbesondere, daß das Schicksal der vom SED-Regime Verfolgten und Geschädigten der gesamtdeutschen Öffentlichkeit im Bewußtsein gehalten und davor bewahrt wird, vergessen oder durch eine gerade auch von ehemaligen Trägern des Regimes gepflegte „DDR-Nostalgie" überdeckt zu werden.

In diesem Zusammenhang ist die Auffassung der Enquete-Kommission beachtenswert, daß es im Prozeß des Zusammenwachsens und der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands keine pauschale und dauerhafte Ausgrenzung jener geben darf, die in ihren Funktionen an nachgeordneter Stelle an dem diktatorischen System mitgewirkt haben. Auch sie sind eingeladen, am Aufbau eines vereinten Deutschlands teilzunehmen. Individuelle Verantwortung ist nur durch individuelle Prüfung festzustellen. Der Deutsche Bundestag wird prüfen, inwiefern gesetzgeberische und exekutive Maßnahmen, gerade auch im Bereich der Strafverfolgung, den Prozeß des Zusammenwachsens und der Versöhnung fördern helfen könnten.

Das System der politischen Verfolgung in der DDR muß – hierin stimmt der Deutsche Bundestag der Enquete-Kommission nachdrücklich zu – an zentralen Stellen dokumentiert und der Öffentlichkeit vermittelt werden. In diesem Sinne soll die frühere Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen zu einer Gedenkstätte ausgestaltet werden. An den Orten, wo sowohl nationalsozialistische Verbrechen als auch kommunistischer Terror ausgeübt wurden (z. B. in den Konzentrationslagern bzw. Speziallagern Buchenwald und Sachsenhausen) ist auf angemessene Weise auch der Opfer des kommunistischen Terrors zu gedenken. Dies bedeutet keine Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, es bedeutet auch keine gegenseitige Aufrechnung, es dient vielmehr der Schärfung des Bewußtseins dafür, daß aus der Sicht freiheitlich-demokratischer Ordnung politische Verbrechen und politischer Terror grundsätzlich, unter welcher ideologischen Schein-Legitimation auch immer, verwerflich sind.

Die Feststellungen der Enquete-Kommission zeigen, daß die Probleme der Regierungs-, Funktionärs- und Vereinigungskriminalität zu den bedrückendsten Hinterlassenschaften des SED-Regimes gehören. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei den Ländern; der Deutsche Bundestag bestätigt die Anregungen und Empfehlungen, die die Enquete-Kommission hierzu erarbeitet hat. Die Feststellungen der Enquete-Kommission belegen, daß der Bereich der Regierungs-, Funktionärs- und Vereinigungskriminalität für eine generelle Amnestie-Debatte völlig ungeeignet ist. Erforderlich sind vielmehr verbesserte Instrumentarien zur Ermittlung und Aburteilung der Täter. Ermittlungsbehörden – insbesondere die Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität beim Polizeipräsidenten in Berlin (ZERV) – und Justiz sollten zu diesem Zweck vor allem personell deutlich ver-

stärkt werden. Ebenso ist eine weitere intensive Auswertung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit auf Straftatbestände erforderlich. Die in dem Bericht der Enquete-Kommission zitierte Warnung des Leiters der ZERV, daß aus einem Gefühl nicht bewältigter DDR-Kriminalität der Rechtsstaat im öffentlichen Bewußtsein gerade in den neuen Bundesländern Schaden nehmen könnte, verdient besondere Beachtung.

In diesem Zusammenhang ist auch das Problem der „Seilschaften" zu beachten. Der Deutsche Bundestag begrüßt die hierzu gegebenen Empfehlungen der Enquete-Kommission. Er unterstützt mit Nachdruck die Forderung, daß die von der Bundesregierung in Absprache mit den neuen Bundesländern 1991 entwickelten Kriterien zur weiteren Beschäftigung im öffentlichen Dienst von allen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden anzuwenden und umzusetzen sind.

Die Erhellung und Verdeutlichung von Ursachen und Folgen, von Strukturen und Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden in diesem Jahrhundert bleibt eine für die innere Vereinigung identitätsstiftende grundlegende Aufgabe der zeitgeschichtlichen Forschung, der Pädagogik und der politischen Bildungsarbeit. Für die weitere Förderung der zeitgeschichtlichen Forschung sind vor allem die Bundesländer zuständig; wegen der Wichtigkeit dieses Tätigkeitsfeldes liegt hier aber auch eine gesamtstaatliche Aufgabe vor, zu deren Bewältigung der Bund weitere Anstrengungen unternehmen sollte. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch zusätzliche Maßnahmen die zeitgeschichtliche Erforschung des SED-Staates und der deutschen Teilung verstärkt zu fördern. Dabei sind auch zahlreiche Aufarbeitungs-Initiativen in den neuen Ländern erhaltenswert und förderungswürdig. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwiefern institutionelle Rahmenbedingungen genutzt werden können, um die vordringliche Aufgabe einer Publikation der wichtigsten Akten und Materialien zur SED-Diktatur zu leisten. Diese Aufgabe ist mit dem nötigen öffentlichen Gewicht nach dem durch die Arbeit der Enquete-Kommission bewährten Prinzip der Verknüpfung von Politik und Wissenschaft zu lösen.

Gleichzeitig sind die Kultus- und Bildungsminister/-senatoren der Länder sowie die Schulbuchverlage aufgefordert, diese Fragen der jüngeren Zeitgeschichte und der inneren Einheit Deutschlands als einen Schwerpunkt von Lehrplänen und Lernmitteln zu behandeln. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, daneben die politischen Stiftungen und die freien Bildungsträger sollten eine besondere Aufgabe darin sehen, ihren Beitrag zur inneren Einheit dadurch zu leisten, daß sie die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission nutzen und ihnen Grundlagen und weitere Anregungen für ihre eigene Arbeit entnehmen.

Bonn, den 16. Juni 1994

Hartmut Koschyk
Rainer Eppelmann
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Maria Michalk
Dr. Dorothee Wilms
Dr. Roswitha Wisniewski
Dr. Günther Müller
Dietrich Austermann
Hans-Dirk Bierling
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Engelmann
Jochen Feilcke
Dr. Karl H. Fell
Erich G. Fritz
Claus-Peter Grotz
Dr. Renate Hellwig
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Josef Hollerith
Karin Jeltsch
Dr. Egon Jüttner
Michael Jung (Limburg)
Steffen Kampeter
Franz Heinrich Krey
Christian Lenzer
Heinrich Lummer
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Ursula Männle
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Johannes Nitsch
Dr. Rolf Olderog
Dr. Peter Paziorek
Heinz Rother
Ortrun Schätzle
Wilfried Seibel
Karl-Heinz Spilker
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Cornelia Yzer
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Markus Meckel
Stephan Hilsberg
Margot von Renesse
Dr. Hartmut Soell
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dirk Hansen
Dr. Jürgen Schmieder
Dr. Karlheinz Guttmacher
Wolfgang Lüder
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Gerd Poppe
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333